Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Alle Postanstalten Boten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonst. Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teil 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis norm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anz.-nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 277 — 90. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Sonnabend, den 28. November 1931

Menschen — nicht System!

Die Reichsbahn als Arbeitgeber. — Irrende Sachverständige. — „Das System des Young-Plans muß erhalten werden."

In Frankfurt a. M. läuft bekanntlich schon seit Wochen der Prozeß gegen fünf ehemalige Direktoren der dortigen unter furchtbaren finanziellen Verlusten zusammengebrochenen „Allgemeinen Versicherungsgesellschaft". Bei einer besonders üblen Transaktion eines dieser „fünf Frankfurter" fällt aus dem Munde des hierfür Schuldigen das zynisch-naive Wort: „Bei dem System, das in der „Favag" herrschte, bin ich gar nicht erst auf den Gedanken gekommen, den Aufsichtsrat wegen jenes Geschäfts zu befragen." Hinter dem „System" pflegt man sich heute nur allzu gern zu — verstecken; denn das „System" erspart schnell und bequem jedem die Verantwortung. Dabei sind es immer nur die Menschen, die verantwortlich sind und die Verantwortung zu tragen haben. Nicht vom System, sondern vom Menschen ist auch Verantwortung zu fordern. Wenn jetzt die Deutsche Reichsbahn durch ihre Anleihe, die besonders den Kapitalflüchtlingen eine ebenso straflose wie rentable Wiedergutmachung ihrer Sünden ermöglichte, die Verfügungsmöglichkeit über rund 250 Millionen erhielt und diese heutzutage gewaltige Summe schnellstens wirtschaftlich verwenden will, so waren jene 250 Millionen bisher der deutschen Wirtschaft entzogen nicht durch ein System, sondern durch jene Kapitalflüchtlinge und Steuerdrückeberger, also durch Menschen. Und Menschen wiederum sind es, die von dem Wieder-Arbeiten jener Kapitalmassen zur Tätigkeit zurückgebracht werden sollen, ein Teil des auf 4,84 Millionen angeschwollenen Massenheeres der Arbeitslosen. Um der Menschen willen freut man sich, daß wenigstens im Steinkohlenbergbau die fortdauernden Arbeiterentlassungen jetzt einigermaßen zum Stillstand gekommen sind, daß auch die rheinisch-westfälische Stahl- und Eisenindustrie glaubt, man sei ungefähr doch auf dem tiefsten Punkt der Depression angekommen, erhoffe sogar eine leichte Besserung aus dem eben erwähnten Eingreifen der Reichsbahn. Um das Lebensschicksal der Menschen ging und geht die Arbeit des Wirtschaftsbeirats: es erträglicher zu gestalten —, darauf zielt auch das jetzt der Beratung und Gestaltung des Kabinetts unterliegende Winterprogramm. Ist dabei einerseits für ein „System", andererseits gegen ein „System" zu kämpfen? Wiederum nicht, sondern für Menschen und gegen Menschen.

*

Wenn bei der dreiwöchigen Beratung des Wirtschaftsbeirates nur „Richtlinien" herauskamen, höchstens noch sich jetzt immer erregtere Auseinandersetzungen anschließen, so hat man ja dafür wieder einmal den Vorwurf hören können, daß „die Sachverständigen versagt" haben. Und wenn man den Führern der internationalen Finanz, die ja bald in Basel und Berlin zu Ausschüssen und Arbeiten zusammentreten werden, um über das Schicksal mindestens der 65 Millionen deutscher Menschen Entscheidendes zu sagen, einen besonders „sachverständigen" Sinn für das Wirtschaftlichste auf Erden, das Geld, zutraute, so könnten eigentlich die bisherigen Erfahrungen mit diesen oder ähnlichen „Sachverständigen" ein solches Vertrauen doch nicht ganz rechtfertigen. Denn die allgemein anerkannte Notwendigkeit, den Sonderausschuß der Baseler Internationalen Bank einzuberufen, beweist eben doch vor allem, daß die von solch sachverständiger Seite geschaffene Gesamtgrundlage des „Neuen Planes" nicht bloß schwerstens erschüttert ist und im ganzen „Hoover-Feierjahr" nicht wieder in Ordnung gebracht werden kann, sondern daß diese Grundlage eben hoffnungslos zerstört wurde. Dabei waren die Mitglieder der damaligen Young-Kommission in Paris nichts mehr und nichts weniger als die Herren oder mindestens die Beauftragten des weltkapitalistischen Systems. Und erst zweieinhalb Monate ist es her, daß in Basel der erste Stillhalteausschuß für die deutschen Kurzkredite auseinanderging, — jetzt schon muß sein Nachfolger zusammentreten, weil sich inzwischen herausstellte, daß alles ganz anders war und alles ganz anders kam, als die „Sachverständigen" in Basel geglaubt und errechnet hatten. Sie waren äußerlich gewiß durch keinerlei „Systeme" gebunden, nicht einmal durch das der Weltpolitik im Schatten des französischen Hegemoniestrebens. In Paris, bei den Beratungen des Young-Plans, war es leider anders gewesen, was übrigens die damaligen Ausschußmitglieder selbst zugegeben hatten. Wenn also die zweite „Wiggin-Layton-Kommission", die über die Zukunft der kurzfristigen Kreditschulden Deutschlands beraten wird, endlich zu einem besseren Ergebnis kommen will als im September, dann muß sie einen Weg suchen, um — wie schon so oft allseits gesagt — „das Vertrauen in der Welt wiederherzustellen". Bei wem? Bei den Menschen natürlich. Weil sich eben auch nur durch die Menschen das Weltwirtschaftssystem retten läßt.

*

Menschen freilich können dies System auch zerstören —, wenn sie sich selbst beherrschen lassen durch ein „systematisches" Festhalten an der Unvernunft. Daß unter diesen Begriff der Young-Plan fällt, wird außerhalb Frankreichs ja von niemanden mehr bestritten. Er ist und wird dort eben nicht als nur das betrachtet, was er offiziell sein sollte: ein „Zahlungsplan". Etwas Wirtschaftlich-finanzielles also. Sondern man betrachtet und behandelt ihn als ein System zur politischen Niederhaltung Deutschlands durch das wirtschaftlich-finanzielle Mittel der Kriegstributleistung. Das hat der französische Ministerpräsident in seiner Rede durch das wenigstens grundsätzliche Festhalten Frankreichs am Young-Plan von neuem unterstrichen. Wenn er das Zahlungssystem dieses Planes freilich auch der allgemeinmenschlichen Notlage von heute anzupassen sich nicht mehr weigert, so soll doch der „ungeschützte" Teil dieser Zahlungen — also die unmittelbaren Kriegstribute — selbst davon unberührt bleiben. Das „System" soll herrschen, soll an der Herrschaft bleiben, das, wie vor kurzem im englischen Parlament gesagt wurde, „im Geist der Rache geschaffen" wurde, nicht aber, wie Laval jetzt erklärte, „den Geist der Zivilisation und des Friedens" zu schützen hat. Dr. Pr.

Ein letzter Notruf des Handwerks

Gerechtigkeit und Freiheit dem Handwerk.

Grundsätzliche Umstellung der Wirtschaftspolitik gefordert.

Der Reichsverband des deutschen Handwerks trat in Berlin zu einer Vollversammlung zusammen, um den Vertretern des Handwerks Gelegenheit zur unmittelbaren Meinungsäußerung gegenüber der Reichsregierung zu geben. Der Bedeutung der Tagung entsprach die starke Beteiligung aus allen Teilen des Reiches. Für das Reichskabinett war Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold erschienen. Nach Begrüßungsworten durch den Vorsitzenden des Reichsverbandes, Friedrich Derlien-Hannover, führte Generalsekretär Dr. Meusch in einer Erklärung aus, daß seit Jahren die Vertretungen des Handwerks eine grundsätzliche Umstellung der Wirtschaftspolitik verlangt hätten. Der gewerbliche Mittelstand sei

in den Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus

hineingestellt. Im Handwerk herrsche große Verbitterung und Verzweiflung, die nicht ernst genug dargestellt werden könne. Die Tagung des Reichsverbandes sei

ein letzter Notruf

an die Reichsregierung um Befreiung der Wirtschaft aus allen Fesseln, die ehrlicher Arbeit und ehrlichem Erwerb entgegenständen. Der Staat müsse sich eigener wirtschaftlicher Betätigung enthalten und die Wirtschaftspolitik des Reiches nach dem Grundsatz eines gerechten Ausgleichs unter allen Mitgliedern der Wirtschaft verfolgen. Das Handwerk verlange bei allen Maßnahmen, die in der Reichsregierung für die Überwindung der Wirtschaftskrise und für die Umstellung des Wirtschaftssystems vorbereitet und durchgeführt würden, die Mitwirkung eines

Vertrauensmannes der mittelständischen Wirtschaft

an entscheidender Stelle. Das Handwerk wolle keine Sonderstellung, es wolle lediglich Gerechtigkeit und Freiheit für seine Arbeit.

Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold betonte, daß die Reichsregierung bemüht sei, der Notlage im Handwerk abzuhelfen. Welche Folgerungen sie im einzelnen aus den Vorschlägen des Wirtschaftsbeirates ziehe, könne er noch nicht sagen. Die Reichsregierung werde bei ihren Maßnahmen

die Erhaltung eines gesunden und kräftigen Mittelstandes

als eine ihrer vornehmsten Aufgaben betrachten. — Der Vorsitzende des Reichsverbandes wies unter dem Eindruck dieser Erklärung darauf hin, daß die Ausführungen des Ministers dem deutschen Handwerk kaum eine Befriedigung bringen könnten. Aus dem Stadium der Erwägungen müßten wir endlich einmal herauskommen. Das Handwerk vermisse bei der Reichsregierung jede Tat, die dem Handwerk Hilfe bringen könnte. Selbst in Kleinigkeiten habe man

dem Berufsstand kein Entgegenkommen

gezeigt. Die Enttäuschung des Handwerks sei groß und müsse groß sein, zumal auch alle anderen Stände eine reichliche Vertretung im Kabinett hätten. Diese Ausführungen lösten in der Versammlung ungeteilten Beifall aus. — Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold unterstrich noch einmal die Unmöglichkeit, vor der Entscheidung des Reichskabinetts Einzelheiten über das Notprogramm mitzuteilen und betonte wiederholt die Absicht der Reichsregierung, zur Aufrechterhaltung des Handwerks beizutragen.

Im Anschluß hieran folgte eine lebhafte Aussprache, in der die Vertreter der einzelnen Mitgliedsgruppen der einstimmigen Überzeugung Ausdruck gaben, daß eine alsbaldige Befreiung der Wirtschaft aus der gegenwärtigen Erstarrung unbedingt notwendig sei.

Um die Zukunft der Wirtschaft.

Krupp vor dem Hauptausschuß des „N. d. J.".

Auf der Hauptausschußsitzung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie sprach am Freitag der neue Vorsitzende des Reichsverbandes, Dr. Krupp von Bohlen und Halbach in einer eingehenden, alle wirtschaftspolitischen Fragen eingehend behandelnden Rede. Nachdem er eingangs eine Erklärung der Präsidenten der Spitzenverbände verlesen hatte, die sich auf das schärfste gegen Schiebereien und Korruptionserscheinungen wendet, führte er u. a. aus: Die Tragödie, die seit 17 Jahren über die Welt hereingebrochen ist, hat nichts mit einem Versagen des Wirtschaftssystems als solchem zu tun. Mit einem Ende der Notzeit kann gerechnet werden, wenn durch ein Zusammenwirken aller an der Weltwirtschaft maßgebend beteiligten Länder Umkehr geschaffen wird.

Wir stehen heute vor allem vor dem unerbittlichen Zwang, die Erzeugung in Deutschland von der Kostenseite her zu entlasten. Auch aus außenpolitischen Gründen scheint mir dies mehr als notwendig zu sein, müssen wir doch nach innen wie nach außen auch den Anschein vermeiden, als wenn das deutsche Volk sich nicht selbst klar darüber sei, wie notwendig es ist, an allen Ecken und Enden bis auf die Pfennige zu sparen. Wir dürfen nicht zögern, auch in der Frage der Reichsreform die Schritte zu unternehmen, die von dem Zwang zu einer sparsamen, übersichtlichen und einheitlichen Verwaltung diktiert sind.

Was die Reparationsfrage betrifft, so hat die Entwicklung dieses Jahres mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die Reparationen nicht nur für Deutschland eine unhaltbare Belastung darstellen, sondern daß sie auch weltwirtschaftlich besehen ein Wahnsinn sind. Es wird eines sehr viel umfassenderen Schrittes bedürfen, um endlich in der Welt, und damit auch für Deutschland, einen Zustand wiederherzustellen, der die freie Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte ermöglicht. Ein großer Teil der Welt ist heute schon der Überzeugung, daß für das Elend, das über Europa wie über die ganze Welt hereingebrochen ist, vor allem auch der auf der Kriegsschuldlüge aufgebaute Versailler Vertrag verantwortlich zu machen ist. Solange es ein deutsches Volk gibt, wird sein nationales Bewußtsein sich gegen den Inhalt dieses Vertrages zur Wehr setzen. Es ist für den Reichsverband selbstverständlich, daß er in der Front derer steht, die in dem Versailler Vertrag keine endgültige Regelung sehen, die Jahrzehnte und Geschlechter überdauern kann.

Der Streit um den Vorrang.

Privatschulden oder Tribute

Die Außenpolitik des französischen Ministerpräsidenten Laval, so wie er sie in seiner Rede vor der Kammer in großen Zügen dargelegt hat, hat die Zustimmung des französischen Parlaments gefunden. Mit 325 gegen 150 Stimmen wurde dem Ministerpräsidenten das Vertrauen ausgesprochen. Die von der Kammermehrheit angenommene Tagesordnung hatte folgenden Wortlaut: „Die Kammer schließt sich den Erklärungen der Regierung an und drückt ihr das Vertrauen für die Wahrung der französischen Rechte und der Sicherheit aus, indem sie die Politik des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit fortsetzt.

Wenn man auch von der Rede einiges abziehen muß, was Laval aus innenpolitischen Gründen und um der Stimmung in der Kammer entgegenzukommen, besonders schroff herausgestellt hat, so bleibt doch noch ein außerordentlich peinlicher Rest. Es zeigt sich, daß Laval nichts hinzugelernt hat und auf seinem Standpunkt der Feststellung der deutschen Zahlungsfähigkeit gegenüber verharrt. Die Äußerung, die französische Regierung werde niemals zugeben, daß man den privaten Schulden Deutschlands den Vorrang einräumt, steht in völligem Gegensatz zu der Auffassung der deutschen Regierung. Als englische Stimme, die sich mit der deutschen Meinung decken dürfte, ist ein Leitartikel der „Times" erwähnenswert, in dem ausgeführt wird, es sei ganz klar, daß Deutschland Ende Februar nicht in der Lage sein werde, seine sämtlichen kurzfristigen Verpflichtungen zu erfüllen. Im Interesse der finanziellen Festigkeit sei es unbedingt nötig, das Stillhalteabkommen in irgendeiner Form zu erneuern. Das sei aber offenkundig praktisch undurchführbar, solange keine vernünftigen Aussichten auf die Wiederherstellung des Vertrauens in Deutschland bestünden. Wenn man von Deutschland Zahlungen in Geld oder in Sachwerten verlange, so sei eine Rückkehr des Vertrauens infolge des starken Druckes, unter dem das deutsche Wirt-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF